

Protokolle zu spät versandt?

IHK Kassel-Marburg wehrt sich gegen Vorwurf der Intransparenz

KASSEL. In der Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg sorgen derzeit geplante Satzungsänderungen für Ärger. Der Kasseler Geschäftsmann und Kammerkritiker Kai Boeddinghaus wirft der IHK-Führung vor, sie zum Ende der Wahlperiode „mit rabiaten und demokratisch indiskutablen Methoden durchdrücken“ zu wollen. Die IHK-Mitglieder wählen im Januar und Februar 2019 die Mitglieder ihrer Vollversammlung und der Regionalversammlungen. Die Kammer widerspricht den Vorwürfen.

Konkret wirft Boeddinghaus IHK-Hauptgeschäftsführerin Sybille von Obernitz und IHK-Präsident Jörg Ludwig Jordan vor, sie würden versuchen, eine „sachgerechte Debatte zu hintertreiben“, indem sie ein Protokoll der Vollversammlung von Ende September entgegen anderer Vereinbarungen nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt hätten. Gleiches gelte für das Protokoll einer offenen Diskussionsrunde von Ende Oktober.

Demnach seien die Mitglieder der Vollversammlung erst eine Woche vor der Sitzung

im September über die geplanten Satzungsänderungen informiert worden. Sie sähen unter anderem eine Befristung der Amtszeit des Präsidenten sowie den Beschluss eine Zweidrittelmehrheit statt der aktuell erforderlichen einfachen Mehrheit bei Satzungsänderungen vor.

Im September sei die Abstimmung „nach einer turbulenten Sitzung“ vertagt worden, so Boeddinghaus. In der jüngsten Sitzung der Vollversammlung am Dienstag sei die

Abstimmung über die umstrittenen Satzungsänderungen erneut gescheitert, weil „etliche Mitglieder“ die Sitzung verlassen hätten, nachdem ein Antrag auf eine weitere Verschiebung erfolglos gewesen sei. Damit sei die Versammlung beschlussunfähig gewesen. Auffällig sei, dass der Widerstand gegen die Satzungsänderungen nicht nur von der Gruppe der in der Vollversammlung vertretenen Kammerkritiker getragen werde, sondern mittlerweile auch drei Präsidiums-

mitglieder und weitere Mitglieder sich verweigerten.

Die IHK bestätigte, dass sechs Mitglieder die Vollversammlung verlassen hätten. Zur Beschlussfähigkeit habe dann eine Stimme gefehlt. Zu der verzögerten Erstellung der Protokolle nahm Hauptgeschäftsführerin Sybille von Obernitz Stellung. Zwar gebe es in der Satzung der IHK Kassel-Marburg keine Fristenregelung für den Versand der Protokolle von Sitzungen der Vollversammlung, es sei jedoch gelebte Praxis, sie zwischen den einzelnen Sitzungen zu erstellen und zu versenden.

„Dass dies einmalig nicht geschah, ist ausschließlich der Aufgabenfülle der damit betrauten Damen und Herren des Haupt- und Ehrenamtes geschuldet. Es ist bedauerlich, dass dadurch der Eindruck einer mangelnden Transparenz entstanden ist. Dies war zu keinem Zeitpunkt beabsichtigt und entspricht auch nicht dem Selbstverständnis unserer IHK“, teilte sie mit. Der Versand sei gestern mit der höflichen Bitte um Nachsicht erfolgt. (nis)



Diskussion um Protokolle: Die IHK Kassel-Marburg wehrt sich gegen den Vorwurf der Intransparenz.

Foto: Marijan Murat/dpa